

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Jürgen Koppelin, Ulrike Flach, Otto Fricke, Dr. Claudia Winterstein, Birgit Homburger, Elke Hoff, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Harald Leibrecht, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Christoph Waitz, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/2300, 16/2302, 16/3113, 16/3123, 16/3124, 16/3125 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2007
(Haushaltsgesetz 2007)**

**hier: Einzelplan 14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundeswehr der Zukunft muss in einem Maße attraktiv sein, dass sich leistungsstarke junge Menschen in ausreichender Zahl freiwillig für den Dienst bei den Streitkräften entscheiden. Dazu bedarf es einer die Besonderheiten des Soldatenberufs berücksichtigende, aber weiterhin an das Beamtenbesoldungsrecht angelehnte Besoldungsgruppe.

Vor allem mit Blick auf die Gefahren für Leib und Leben bei Einsätzen im Ausland sind alle Versorgungsregelungen zu überprüfen und wo erforderlich den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Seit dem 3. Oktober 1990 hat sich am Beispiel der Bundeswehr gezeigt, was erreichbar ist, wenn Deutsche aus Ost und West aufeinander zugehen und sich mit Tatkraft einer neuen Aufgabe stellen. In der Bundeswehr ist die innere Einheit seit langer Zeit vollzogen. Es gibt weder im Leistungswillen noch in der Leistungsfähigkeit Unterschiede, die ihre Begründung aus der Herkunft des Bundeswehrangehörigen ableiten könnten. Sowohl im Inland als auch bei Auslandseinsätzen der VN, der OSZE, der NATO oder der EU erfüllen Soldatinnen und Soldaten sowie zivile Mitarbeiter aus den neuen Bundesländern ihren Auftrag in gleicher Qualität wie die aus den alten Bundesländern. Deshalb ist die Ost-West-Besoldungsdifferenz bei den Angehörigen der Bundeswehr schon seit Jahren nicht mehr gerechtfertigt. Sie wirkt demotivierend und diskriminierend und ist daher schnellstmöglich abzuschaffen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Aufhebung der unterschiedlichen Besoldung in Ost und West unverzüglich herbeizuführen und
- für Soldaten eine eigene Besoldungsgruppe S, angelehnt an die Beamtenbesoldung, einzuführen.

Berlin, den 21. November 2006

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion